

Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik

Einladung zur Umsetzung eines Szenarios der Evangelischen Landeskirche in Baden bis zum Jahr 2040

Ralf Becker

Projektkoordinator „Sicherheit neu denken“ der evangelischen Landeskirche in Baden

1. Europa vor der Wahl: Militarisierung oder Zivilisierung der Sicherheitspolitik

Europa steht aktuell vor einer erneuten Aufrüstungsspirale. Die NATO-Mitgliedsstaaten erhöhen ihre Militärbudgets deutlich, obwohl die NATO bereits jetzt ungefähr das 15-fache für Militär ausgibt wie Russland. In Deutschland ist angesichts dieser Entwicklung ein deutliches Bauchgrimmen spürbar. Doch die seit Jahren anhaltende Unterstützung dieser Entwicklung durch Politik und Medien lässt sie scheinbar alternativlos erscheinen.

Die Synode der Evangelischen Landeskirche in Baden hat 2013 beschlossen, „gleich dem nationalen Ausstiegsgesetz aus der nuklearen Energiegewinnung ... ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung zu entwerfen.“

Daraufhin hat seit 2015 eine Arbeitsgruppe ein entsprechendes Szenario erarbeitet, das im April 2018 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Dieses Szenario zeigt auf, wie die deutsche Sicherheitspolitik bis zum Jahr 2040 auf eine rein zivile Sicherheitspolitik umgestellt werden könnte.

Dabei stützt sich das Szenario auf bereits erprobte und umgesetzte Instrumente ziviler Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung, wie sie im entsprechenden Aktionsplan der Bundesregierung im Jahr 2004 vereinbart und seitdem entwickelt und ausgebaut worden sind. Das Szenario ist eine Zusammenstellung und Weiterentwicklung vieler von anderen Autor*innen geleisteter Beiträge, auf deren Quellen auch verwiesen wird. Die 167-seitige Langfassung des Szenarios sowie eine 36-seitige Kurzfassung sind gedruckt und als Download erhältlich bei der Arbeitsstelle Frieden

der Ev. Landeskirche Baden, Postfach 2269, 76010 Karlsruhe.

Weitere Informationen siehe:
<https://www.ekiba.de/friedensszenario>



2. Positivszenario „Nachhaltige zivile Sicherheit“

Das Szenario umfasst fünf Pfeiler ziviler Sicherheitspolitik als auch Meilensteine zu deren Entwicklung (inklusive einer zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Kampagne) bis zum Jahr 2040:

Die Pfeiler nachhaltiger ziviler Sicherheitspolitik Deutschlands ab dem Jahr 2025

Nach Beschlüssen des Deutschen Bundestags der Jahre 2025 und 2035 beruht die nachhaltige zivile Sicherheitspolitik Deutschlands ab dem Jahr 2025 auf folgenden Säulen:

1. Gestaltung ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechter Außenbeziehungen
2. Förderung wirtschaftlicher Perspektiven und staatlicher Sicherheit östlich und südlich der EU
3. Teilhabe an der Internationalen Sicherheitsarchitektur: Deutschland als Mitglied der EU, der OSZE, der NATO und der UNO
4. Resiliente Demokratie
5. Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie

2.1 Gestaltung ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechter Außenbeziehungen

Deutschland, Österreich, Schweden und die Niederlande

- praktizieren ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechte Außenbeziehungen mit ausgeglichener Außenhandelsbilanz
- erhöhen stetig den Anteil des zertifizierten Fairen Handels
- praktizieren einen Lebens- und Wirtschaftsstil, der die ökologischen Ressourcen der Erde nur noch entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in Anspruch nimmt
- setzen ihre im Klima-Abkommen von Paris 2015 zugesicherten Klima-Ziele konsequent um
- investieren in Kooperation mit ihren europäischen Partnern weltweit in die Beseitigung von Hunger, Elend und Krankheiten. Mit 4 Mrd. Euro jährlich ist Deutschland der größte Beitragszahler des UN-Welternährungsprogramms.

Die Folgen aus dieser Politik sind:

- Die EU hat die Subventionierung von Agrarexporten eingestellt.
- Die strukturelle Benachteiligung des „globalen Südens“ durch eine westlich dominierte Welthandels- und Weltfinanzordnung ist überwunden.
- Es gibt weltweit transparente und klare gesetzliche Regelungen und leistungsfähige Institutionen im Rohstoffsektor, die Konfliktfreiheit sowie die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards entlang der Rohstoffketten garantieren.
- Deutschland zahlt jährlich 6 Mrd. Euro in den UN-Fonds für Nachhaltige Entwicklung ein.
- Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung investiert darüber hinaus jährlich 6 Mrd. Euro in den weltweiten Klimaschutz.

*Beispiel***Die Globale entwicklungspolitische Rohstoffinitiative**

Die Anfang 2012 entstandene entwicklungspolitische Rohstoffinitiative (GeRi) unterstützt die Schaffung transparenter und klarer gesetzlicher Regelungen und den Aufbau leistungsfähiger Institutionen im Rohstoffsektor.

Basierend auf den Empfehlungen des G8-Gipfels 2007 in Heiligendamm, entwickelte die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2007/2008 im Auftrag der Bundesregierung gemeinsam mit Partnerinstitutionen ein Rohstoff-Zertifizierungssystem (Zertifizierte Handelsketten – *Certified Trading Chains*), das erstmals gezielt die Herausforderungen des artisanalen Kleinbergbaus berücksichtigte und neben der „Konfliktfreiheit“ auch andere Umwelt- und Sozialstandards überprüfte.

Die Relevanz des Themas Rohstoffe und Krisenprävention sowie die deutschen Aktivitäten und diesem Bereich wurden durch den 2014 veröffentlichten EU-Verordnungsentwurf zu verantwortungsvollen Importen von Zinn, Tantal, Wolfram sowie Gold auch im internationalen Rahmen betont.

Nach einer erfolgreichen Pilotphase mit fünf Minen in Ruanda setzte sich die deutsche Unterstützung von Zertifizierungsmaßnahmen bis zum Jahr 2018 in der Region der Großen Seen fort. Bei konsequenter Weiterentwicklung des Projekts könnten wir im Jahr 2040 weltweit alle Rohstoffe aus zertifizierten Handelsketten importieren.

2.2 Förderung wirtschaftlicher Perspektiven und staatlicher Sicherheit östlich und südlich der EU

- Die Staaten Afrikas, des Nahen Ostens sowie Osteuropas bilden einen stabilen Friedensgürtel in der Nachbarschaft der EU.
- Ab 2030 regelt die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und der EAWU unter Führung Russlands die Wirtschaftsinteressen aller Beteiligten in einem gemeinsamen Vertrag durch die Ausgestaltung einer gemeinsamen Wirtschaftszone.

- Deutschland ist der wichtigste Unterstützer der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) und trägt mit über 60 % zur entsprechenden EU-Unterstützung des Budgets der Afrikanischen Union (AU) bei.
- Deutschland trägt jährlich 12 Mrd. Euro zum UN-Entwicklungsplan mit den Staaten der Afrikanischen Union und der Arabischen Liga bei. Schwerpunkte sind Fairer Handel, Gute Regierungsführung, Private und Öffentliche nachhaltige Investitionen, Wirtschaftliche Entwicklung von unten, Unternehmerische Entfaltung sowie Jobs und Beschäftigung.
- Die afrikanischen und Nahost-Staaten tragen einen Anteil von 30 % des Energiebedarfs der EU aus regenerativen Quellen bei. Dafür investiert Deutschland jährlich weitere 5 Mrd. Euro in die energetische Infrastruktur der Mittelmeer-Anrainerstaaten.

*Beispiel***Unterstützung regionaler ziviler Friedenssicherungs-Trainingszentren in Afrika**

Eine wichtige aktuelle Maßnahme der Bundesregierung ist die Unterstützung regionaler ziviler Friedenssicherungs-Trainingszentren in Afrika. Schwerpunkt der Förderung ist die Ausbildung afrikanischer Polizistinnen und Polizisten für UN- und AU-Friedensmissionen.

So finanziert die Bundesregierung seit 2008 Ausbildungskurse am Kofi Annan International Peacekeeping Training Center (KAIPTC) in Accra, Ghana.

Die Unterstützung afrikanischer regionaler ziviler Friedenssicherungs-Trainingszentren wird flankiert durch eine deutsche Förderung von UNITAR (United Nations Institute for Training and Research). UNITAR unterstützt die afrikanischen zivilen Friedenssicherungs-Trainingszentren bei der Ausbildung für UN-Missionen und baut ein regionales afrikanisches Netzwerk von zivilen Friedenssicherungs-Trainingszentren auf.

Bei konsequenter Fortführung dieses Projekts könnten bis zum Jahr 2040 mehr als 100.000 westafrikanische Polizistinnen und Polizisten ausgebildet werden.

2.3 Teilhabe an der Internationalen Sicherheitsarchitektur (EU, OSZE, NATO, UNO)

- Deutschland beteiligt sich aussch. an den zivilen Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP).
- Die OSZE ist die Schlüsselorganisation für Frühwarnung, Krisenprävention, Konfliktlösung und -nachsorge im gesamteuropäischen Raum. Als Unterorganisation der UNO bearbeitet sie sämtliche Konflikte innerhalb Europas mit rein zivilen und polizeilichen Mitteln.
- Unter der Perspektive Gemeinsamer Sicherheit wird Sicherheit in Europa unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Akteure gedacht. Die eigene Sicherheit berücksichtigt stets auch die Sicherheit des Nachbarn und des Gegenübers.
- Deutschland investiert jährlich 6 Mrd. Euro in den Aufbau der gesamteuropäischen UNO-Polizei unter dem Dach der OSZE, die dank ihrer ständigen Einsatzbereitschaft ebenso schnell und durchsetzungsstark ist, wie man es früher nur von Armeeverbänden kannte.
- Die NATO akzeptiert den rein zivilen Beitrag seiner Mitglieder Deutschland und Niederlande.
- Die Ausbildung der Bevölkerung in Resilienter Demokratie ist als Säule der Gemeinsamen Sicherheitspolitik in der EU, OSZE und NATO etabliert.
- Deutschland trägt mit über 5.000 Polizei- und 50.000 zivilen Fachkräften zu internationalen UNO-Friedensmissionen bei und ist größter Einzahler in den UN-Peacebuilding Fund.
- Deutschland wirbt intensiv für das Ziel, UN-Friedensmissionen generell als Polizeieinsätze zu organisieren und richtet jährlich die UN-Polizeikonferenzen aus.
- Der UNO-Sicherheitsrat besteht nun aus Vertreter*innen regionaler kontinentaler Sicherheitsräte.

2.4 Resiliente Demokratie

- Flächendeckende Aus- und Fortbildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in konstruktiver Konfliktbearbeitung und reflexivem Konfliktverständnis.
- Verstärkte Sozialarbeit verhindert die Ausbreitung von Feindbildern und die Diffamierung von Fremden.

- Flächendeckende Mediationszentren verhindern gewaltsame inter- und intragesellschaftliche Konflikte. Die Zentren stehen allen UN-Mitgliedsländern offen.
- Der Bundesverband Gewaltfreiheit sowie zahlreiche Stiftungen und Lehrstühle befördern die weitere Professionalisierung und Verbreitung nicht-militärischer Konfliktkultur.
- Staat und Zivilgesellschaft sind gegen Freiheitseinschränkungen von innen und außen – auch durch strukturelle Planung und Vorbereitung organisierten Zivilen Widerstands – resilient.
- Alle Kirchen und Religionsgemeinschaften bieten Aus- und Fortbildungen zu Friedensstifter*innen an.
- Zivile Krisenprävention ist das Markenzeichen deutscher, österreichischer, schwedischer und niederländischer Außen- und Sicherheitspolitik.
- Zur Verhinderung und Aufarbeitung terroristischer Anschläge sind Polizei und Justiz mit ausreichenden Personal- und Finanzmitteln ausgestattet.
- Regelmäßige unabhängige Studien überprüfen den Ausbildungsstand und die Wirksamkeit der zivilen Konfliktkultur hinsichtlich der Sicherheit des Landes.

2.5 Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie

- Der Mythos der Wirksamkeit von Gewalt ist überwunden.

Explizit beschreibt das Szenario die Entzauberung des Mythos der Wirksamkeit von Gewalt, die durch die Studien von Erica Chenoweth und Maria J. Stephan aus den Jahr 2011 („*Why Civil Resistance Works: The Strategic Logic of Nonviolent Conflict*“) sowie 2016 („*How the world is proving Martin Luther King right about nonviolence*“) eingeleitet ist. Chenoweth und Stephan haben anhand von 460 untersuchten internationalen Beispielfällen der Jahre 1900 bis 2015 nachgewiesen, dass gewaltfreie Aufstände doppelt so erfolgreich sind wie bewaffnete.

- Die Bundeswehr hat ihre letzten Einrichtungen an das Internationale Technische Hilfswerk übergeben.

- Aus Deutschland, Österreich, Schweden und den Niederlanden werden keine Waffen mehr exportiert.
- Die Konversion von der Rüstungszur zivilen Produktion ist sozialverträglich gestaltet worden.
- Der Internationale Strafgerichtshof hat sowohl führende Köpfe des IS als auch westliche Regierungschefs wegen ihrer Gewalttätigkeit verurteilt.
- Eine globale Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission hat die Vorwürfe islamischer und afrikanischer Staaten gegen westliche Staaten aufgearbeitet.
- Die Finanzquellen von Terror-Organisationen sind weltweit ausgetrocknet.
- Alle Atomwaffen sind aus Deutschland abgezogen.

3. VON 2019 BIS 2040 – MÖGLICHE MEILENSTEINE DER ENTWICKLUNG

2019 EKD fordert Studie zu einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik Deutschlands

Das Szenario für eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik wird dank bundesweiter von verschiedenen Kirchen und zivilgesellschaftlichen Organisationen finanzierter Zeitungsanzeigen und großflächiger Infoplakate sowie Aktionstage einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

Über das europäische Netzwerk Church and Peace, den Internationalen Versöhnungsbund, die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa GEKE sowie den Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf und die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft COMECE wird das Szenario auch im europäischen Kontext in die gesellschaftliche Debatte eingespeist.

Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Wüstner, beschwert sich öffentlich, dass der Bundestag der Bundeswehr keine klaren Ziele für Auslandseinsätze vorgebe und damit die Soldat*innen regelmäßig in unhaltbare Situationen bringe.

Die EKD fordert die Finanzierung einer umfangreichen Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik durch die Bundesregierung.

2020 Gründung der zivilgesellschaftlichen Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik

Gründung der bundesweiten Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik mit zunächst 30 Mitgliedsorganisationen, die gemeinsam das Ziel eines entsprechenden Bundestagsbeschlusses im Jahr 2025 formulieren.

Fünfzehn der 30 Mitgliedsorganisationen der Kampagne richten Stellen zur Unterstützung der Kampagne ein. Ein Kampagnenrat mit Vertreter*innen der Evangelischen Landeskirche in Baden sowie sonstiger kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen stimmt die Planung der Kampagnen-Policy sowie konkreter Aktionen miteinander ab. Erster Schwerpunkt der Kampagne ist die Aufforderung an die Bundesregierung, auf europäischer und internationaler Ebene für ein vollständiges weltweites Verbot von Atomwaffen einzutreten.

2021 Beendigung staatlicher Bürgschaften für den Export von Rüstungsgütern

Der Bundestag beschließt die definitive Verbannung jeglicher Atomwaffen von deutschem Boden.

Die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ erreicht einen Bundestagsbeschluss zur Beendigung staatlicher Bürgschaften für den Export von Rüstungsgütern. Ihre Forderungen zum Stopp jeglicher Rüstungsexporte wurden von der bundesweiten Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik übernommen.

Durch erfolgreiche Aktionskampagnen sowie eine sehr kreative Öffentlichkeitsarbeit gewinnt die Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik bereits über 1.000 Mitgliedsorganisationen. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 gelingt der Kampagne die Bekanntmachung des Szenarios „Sicherheit neu denken“ bei Bundestagskandidat*innen aller Parteien durch zahlreiche Podiumsdiskussionen in ganz Deutschland.

2022 Vergabe einer Studie zur nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik

Der Dialog der in der Kampagne zusammengeschlossenen zivilgesellschaft-

lichen und kirchlichen Organisationen mit Abgeordneten und Regierungsmitgliedern intensiviert sich durch flächendeckende Veranstaltungen kirchlicher Akademien und parteinaher Stiftungen.

Flächendeckende Postkartenaktionen an die Bundestagsabgeordneten sowie kreative Veranstaltungen in jedem Wahlkreis fördern und unterstützen diesen Dialog.

Die EKD erreicht im Zusammenspiel mit der Kampagne die Vergabe einer umfangreichen Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik durch die Bundesregierung.

2023 Papst-Enzyklika „fructus iustitiae pax“

Als der Papst in seiner Enzyklika „Fructus iustitiae pax“ – Der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein. (Jesaja 32,17) alle Staaten, insbesondere die Industriestaaten auffordert, ihre finanziellen Mittel deutlich von militärischer in Richtung nicht-militärischer Sicherheitspolitik umzuschichten, engagieren sich immer mehr Pfarrgemeinden und Kirchen in Deutschland und Europa für die Kampagne, die Ende des Jahres bereits 3.000 Mitträger-Organisationen aufweist.

In Umfragen sprechen sich bereits 40 % der Bevölkerung für einen Umstieg Deutschlands zu einer zivilen Sicherheitspolitik aus.

2024 Studie der Bundesregierung empfiehlt die Umsetzung des Kampagnen-Szenarios

Die im Auftrag der Bundesregierung erstellte Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik belegt die ökonomische und politische Effizienz ziviler Friedenssicherung sowohl im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln als auch in Bezug auf die beabsichtigten Ziele und empfiehlt eine schrittweise Umsetzung des von der Kampagne vertretenen Szenarios.

Die Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik findet dank monatelanger flächendeckender Aktionen ihrer jetzt 5.000 Mitträger-Organisationen vor

Bundeswehrstützpunkten und breiter Unterstützung aus den Bistümern und Landeskirchen bundesweite mediale Aufmerksamkeit und Sympathie. In Umfragen sprechen sich bereits 60 % der Bevölkerung für eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik aus.

2025 Bundestagsbeschluss zum Umstieg Deutschlands zu einer zivilen Sicherheitspolitik

Das Szenario findet auf dem ökumenischen Kirchentag in Bonn breite Unterstützung und beherrscht die bundesweite Berichterstattung. Spitzenpolitiker*innen fast sämtlicher Parteien öffnen sich für das Konzept und sichern eine schrittweise Umsetzung nach der anstehenden Bundestagswahl zu.

In einer historischen Sitzung beschließt der neu gewählte Deutsche Bundestag mit breiter Mehrheit den Umstieg Deutschlands von einer militärischen zu einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik.

2026 Verhandlungen zwischen der EU und Russland zur Bildung einer Wirtschaftszone

Unter dem Dach der OSZE nehmen auf Betreiben Deutschlands die EU und die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU), die Russland, Weißrussland, Kasachstan, Armenien und Kirgisistan umfassen, Verhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftszone von Lissabon bis Wladiwostok auf. Diese gemeinsame Wirtschaftszone soll die Grundlage für eine zeitgleich zu vereinbarende Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland bilden.

2027 Das ITHW übernimmt erste Ausrüstungen der Bundeswehr

Im Zuge der Konversion der Bundeswehr übernimmt das Internationale Technische Hilfswerk (ITHW) erste zivil nutzbare Ausrüstungen für verstärkte künftige zivile Einsätze der weltweiten medizinischen und technischen Katastrophenhilfe.

Rüstungsbetriebe entwickeln und bauen das vom ITHW benötigte Equipment und beginnen auf diese Weise die Konversion zur Produktion ziviler Produkte.

Die NATO kritisiert den Bundestagsbeschluss von 2025 zum beabsichtigten Umstieg Deutschlands zu einer vollständig zivilen Sicherheitspolitik. Das Bundeskabinett hält dem Druck der anderen NATO-Mitgliedsländer stand und verweist auf die eindeutige Stimmung der Bevölkerung hinsichtlich der beschlossenen Transformation. Die USA stellen daraufhin vorübergehend die Zusammenarbeit ihrer Geheimdienste mit den deutschen Behörden ein.

2028 Beginn von Verhandlungen über eine Sicherheitspartnerschaft mit Russland

Aufgrund der erfolgversprechenden Verhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftszone zwischen der EU und Russland/der EAWU beginnen Verhandlungen zum Aufbau einer Sicherheitspartnerschaft mit Russland unter dem Dach der OSZE.

Die Münchner Sicherheitskonferenz und die Bundesakademie für Sicherheitspolitik richten ihre Programme ab sofort durchgängig am Bundestagsbeschluss von 2025 aus, d. h. an der beabsichtigten rein zivilen Sicherheitspolitik. Dazu haben insbesondere auch die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ sowie die bundesweite Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik beigetragen.

2029 Gewaltfreier Umgang mit Konflikten und Resiliente Demokratie werden verbindliche Lehrinhalte an allen Schulen

Die Bundesländer übernehmen den gewaltfreien Umgang mit Konflikten sowie Resiliente Demokratie in den Kanon verbindlicher Lehrinhalte für alle Schulformen. Der Unterricht wird bundesweit in Abstimmung mit den Bildungsministerien von zivilgesellschaftlichen Organisationen des Verbands Gewaltfreiheit durchgeführt und verantwortet, um die Bedeutung einer funktionierenden Zivilgesellschaft für eine Resiliente Demokratie zu unterstreichen.

2030 Wirtschafts- und Sicherheitsabkommen mit Russland / der EAWU

Unter dem Dach der OSZE wird die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland / der

EAWU begründet. Mit der Schaffung einer gemeinsamen Wirtschaftszone von Lissabon bis Wladiwostok überwindet Europa seine wirtschaftliche Spaltung, die mit der Ukraine-Krise 2014 ihren Höhepunkt erreichte. In der vereinbarten Partnerschaft werden sowohl die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen Russlands wie all der anderen EU- und EAWU-Partner vollumfänglich anerkannt und miteinander austariert.

Die Bundeswehr beendet ihre Informationsveranstaltungen an Schulen in Deutschland.

2032 Eröffnung des OSZE-Zentrums „Zivile Krisenprävention und –intervention“ in Stockholm und des UN-Zentrums für Sozialen Widerstand in Bonn

Die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland / der EAWU ermöglicht in ganz Europa eine ständige militärische Abrüstung und den Aufbau einer gemeinsamen OSZE-Polizei. 70 % der Deutschen zeigen Vertrauen in die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland / der EAWU.

In Folge des deutschen Engagements baut die OSZE ihre Zivile Krisenprävention und -intervention zu einem eigenen Zentrum aus, das in Stockholm eröffnet wird.

In Bonn wird zeitgleich von der UN-Generalsekretärin das UN-Zentrum für Sozialen Widerstand als Ausbildungsstätte für Resiliente Demokratie eingeweiht.

2035 Bundestagsbeschluss zur vollständigen Konversion der Bundeswehr im Jahr 2040

Dank intensiver und kooperativer Zusammenarbeit der deutschen Regierung mit dem Forum Zivile Sicherheit sowie dem Verband Gewaltfreiheit gelingt die Schaffung der Voraussetzungen für den Bundestagsbeschluss im Jahr 2035 zur vollständigen Konversion der Deutschen Bundeswehr zu einem rein zivilen Teil des Internationalen Technischen Hilfswerks (ITHW).

Die OSZE wird zur Schlüsselkraft für Frieden und Sicherheit in Europa.

2037 Die NATO akzeptiert rein zivilen Beitrag Deutschlands zur Friedenssicherung.

Beim NATO-Gipfeltreffen akzeptieren die Bündnispartner den zukünftig rein zivilen Beitrag Deutschlands zur Friedenssicherung innerhalb des NATO-Bündnisses.

Die letzten deutschen Rüstungsbetriebe stellen ihre Produktion auf die zivil-technische Ausrüstung des Internationalen Technischen Hilfswerks um.

2040 Vollständige Konversion der Bundeswehr


Das bisherige Bundesministerium für Verteidigung wird zum Ministerium für Zivile Krisenprävention. Die Bundeswehr übergibt ihre letzten Einrichtungen und Ausrüstungsgegenstände an das Internationale Technische Hilfswerk.

Deutschland hat seine Sicherheitspolitik komplett auf nachhaltige zivile Sicherheitspolitik umgestellt.


4. Kampagnen-Vorbereitung zur Umsetzung des Szenarios

Im Dezember 2018 haben in Karlsruhe auf Einladung der Badischen Landeskirche 30 meist bundesweite Orga-

nisationen die Gründung einer Kampagne zur Umsetzung des Szenarios sondiert und die Einsetzung eines entsprechenden Kampagnenvorbereitungsrats vereinbart.

Die Evangelische Landeskirche in Baden unterstützt den Aufbau dieser Kampagne durch eine zunächst bis Ende 2023 finanzierte Projektstelle. 

Zum Autor

Ralf Becker, Diplom Kaufmann 



Jg. 1966, studierte Wirtschaftswissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (1987-1993) und war Stipendiat der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Als Mitbegründer der Entschuldungskampagne erlassjahr.de und früherer Referent für die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“

beschäftigt er sich seit der Zahlungsunfähigkeit Mexikos im Jahr 1982 mit den internationalen Finanzmärkten. Er wirkte an der Erstellung des Club-of-Rome-Berichts „Finance and Sustainability: The Missing Link“ (2012) mit (Deutsch: Geld und Nachhaltigkeit – Von einem überholten Finanzsystem zu einem monetären Ökosystem, 2013)

Als langjähriger Koordinator des Fachbeirats im Regiogeld e. V. verfügt Ralf Becker über ein fundiertes Wissen unterschiedlicher Geldsysteme und deren Umsetzungsmöglichkeiten. Er hält als Social Entrepreneur Vorträge zu den Themen Nachhaltige Geld- und Finanzarchitektur und hat an Universitäten und Akademien in mittlerweile sieben europäischen Ländern referiert.

Siehe auch: <http://monnetta.org/ralf-becker/>

Die Evangelische Landeskirche in Baden hat eine 5-jährige Projektstelle eingerichtet, um eine Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik aufzubauen. Seit 1. April 2019 ist die Stelle mit Herrn Ralf Becker, einem der Ko-Autoren des Szenarios „Sicherheit neu denken“ besetzt. Er hat durch sein Engagement und seine Fachkenntnisse maßgeblich zum bisherigen Erfolg des Szenarios beigetragen.

Die Badische Landeskirche freut sich, dass er in Zukunft hauptamtlich für das Szenario tätig sein wird.

Ralf Becker, Stefan Maaß & Christoph Schneider-Harpprecht [Hg.]: „Sicherheit neu denken – Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“; im Auftrag des Evangelischen Oberkirchenrats Karlsruhe; 2. Auflage; Karlsruhe, Januar 2019; 168 Seiten € 9,95; ISBN 978-3-8079-9992-0



Gibt es eine Alternative zur militärischen Sicherheitspolitik? In diesem Buch zeigt wie eine Alternative bis zum Jahr 2040 aussehen könnte. Mit diesem Szenario soll die Diskussion um eine zivile Sicherheitspolitik neue Energie bekommen.

Das Buch kann über die Arbeitsstelle Frieden erworben werden: <https://www.ekiba.de/html/content/buecher.html>

steht aber auch zum kostenlosen Download bereit: <https://hwlink.de/sicherheit>